

Visionenverlust und Visionenverzicht: dominante und frauenpolitische Bilder von 'Zukunft' vor dem Jahr 2000

Holland-Cunz, Barbara

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Holland-Cunz, B. (2000). Visionenverlust und Visionenverzicht: dominante und frauenpolitische Bilder von 'Zukunft' vor dem Jahr 2000. *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 29(1), 29-44. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-59368>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>

Visionenverlust und Visionenverzicht

Dominante und frauenpolitische Bilder von „Zukunft“ vor dem Jahr 2000

Der Datumswechsel 1999/2000 hat in der christlich-abendländischen Kultur stets eine besondere Bedeutung gehabt; ein Datum jenseits des Jahres 1999 evoziert „Zukunft“. Wenige Monate vor dem hoch mythisierten Ereignis ist die öffentliche Diskussion zwar von unzähligen Verweisen aufs Millennium durchzogen, doch zielen sie vor allem auf seine Vermarktung. Während der öffentliche Diskurs mit vielen Worten „lärmende Leere“ produziert, schweigen die UtopistInnen. Die wortreiche, visionslose Debatte zum Thema „Zukunft“ ist erklärungsbedürftig. Mit Foucault kann sie als eine „Diskursexplosion“ interpretiert werden, in der das Schweigen als Teil des Diskurses fungiert. In ihm wird die bislang in der Utopie unproblematische „Zukunft“ problematisiert, sie wird zum Anlass von Sorge. Die wortreiche Leere verdeutlicht die aktuelle Schwierigkeit, angesichts der globalen Problemlagen noch angemessen utopisch zu denken. Eine exemplarische Untersuchung des frauenpolitischen Diskussionszusammenhangs, der in den vergangenen Jahrzehnten wesentlich zur Erneuerung des Genres Utopie beigetragen hat, verdeutlicht, dass Utopien für das 21. Jahrhundert global sowie selbst- und machtkritisch entworfen und gedeutet werden müssen.

1. Öffentliche Einstimmungen auf das mythische Datum

Gebe es das neue Jahrtausend nicht, *es müsste erfunden werden*. In einen wohl dosierten Halbjahres-Rhythmus eingereiht zwischen das sogenannte Jahrhundertereignis der totalen Sonnenfinsternis im August 1999, von selbsternannten ExpertInnen kurz „SoFi“ genannt, und die Olympischen Sommerspiele in Sydney 2000, kommt der hoch mythisierte Jahreswechsel 1999/2000 gerade zur rechten Zeit, um eine Lücke in der medialen Erlebniswelt zu füllen. In Live-Schaltungen werden diese beliebig austauschbaren Großereignisse ins heimische Wohnzimmer vermittelt: Statt in die Sonne blickt man/frau in den Fernsehapparat. Die Dauerspannung durch eine Bilderflut mittelbarer Kollektiverlebnisse und suggestiver Vergemeinschaftungen wird so auf einem gleich bleibend hohen Level gehalten.

Bereits seit einigen Jahren kündigt sich auf dem Publikationsmarkt eine Sachbuchschwem-

me an, die mit Rat und Tat (Brandau/Schickert 1999), Rückblicken und Prophezeiungen (Roland 1997), mit Hilfestellung und Aufmunterung ins neue Jahrtausend geleiten will.¹ Besinnliches neben Reißerischem, Esoterisches neben Massenkulturellem, Apokalyptisches neben Optimistischem füllt zunehmend die Regale. Spätestens seit Anfang Januar 1999 ist das Millennium Dauerthema der publizistischen Öffentlichkeit, insbesondere in Gestalt des sogenannten Jahr-2000-Problems. Die großen Worte, die in Zeitungs-Rückblicken (z.B. Stern; Focus) und Fernseh-Prognosen übers Jahr gebraucht wurden, zeigen bereits erhebliche Abnutzungserscheinungen: Unzählige Männer und (einige) Frauen „des Jahrhunderts“ in allen kulturellen Bereichen, unzählige (europäische) „historische Stunden“ und Ereignisse, unzählige Superlative des technischen Fortschritts und der gesellschaftlichen Barbarei werden für das zu Ende gehende Jahrhundert aufgeführt.

Der Jahreswechsel 1999/2000 ist jedoch nicht nur auf dem Sachbuchmarkt ein nicht unbe-

trächtlicher Wirtschaftsfaktor. Zu Beginn des Jahres 1999 verbreitete die Tourismusbranche die vermeintliche Hiobsbotschaft, alle außergewöhnlichen Silvester-Erlebnisreisen (zur Datums-grenze oder in die Metropolen der Welt) seien bereits vollständig ausgebucht. Obgleich sich diese Nachricht im Laufe des Jahres als systematische Falschmeldung herausstellte, konnte dies doch nicht verhindern, eine gleichsam öffentliche Verpflichtung zu erzeugen, Silvester 1999 nur in ungewöhnlichem Rahmen feiern zu dürfen.

Mit dem Label 2000 werden aber nicht nur Sachbücher und Reisen, sondern unterschiedslos auch Uhren, Süßigkeiten und Frühjahrs-mode, Kondome, Bier und Bettwäsche, Trauringe und Fußabtreter (Aufdruck: „2000. welcome to the future“), Frisuren² und Erfolgsromane (Joseph 1999) verziert, vermarktet, verkauft. Besonders originell gibt sich die Firma Mars, Produzentin von Schokolinsen, die den bezugsreichen Namen „m&m’s“ tragen; auf jeder einzelnen Packung findet sich seit kurzer Zeit der bunte Aufdruck: „UNOFFICIAL SPONSORS OF THE NEW MILLENNIUM“. Für HerstellerInnen und Werbebranche scheint der mythisierte Jahreswechsel ein für sämtliche Produkte beliebig einsetzbarer Joker zu sein. Die Zahl 2000 kann offensichtlich jedes Produkt schmücken und mit ihr kann unbegrenzt geworben werden.

Selbst die philosophische, politiktheoretische und politikwissenschaftliche Debatte ist *nicht* frei von dem Impuls, die christlich-abendländische Jahreszahl 2000 mit politischer Bedeutung zu versehen. Spätestens seit dem 19. Jahrhundert haben UtopistInnen ihre Visionen regelmäßig in einer Zeit jenseits des Jahres 1999 angesiedelt, wenn sie mit ihren Staatsromanen Zukunftsträchtigkeit evozieren wollten (vgl. exemplarisch Bellamy 1883; Piercy 1986). So wie die Jahreszahl 1848 durch George Orwells (1949) berühmten Roman zu einer Chiffre für dystopische Gesellschaftsentwicklungen geworden ist, so markiert eine mit der Zahl zwei beginnende fiktive Zeit in den einschlägigen Texten meist ein utopisches Szenario. Angesichts der bereits im Herbst 1999 vorliegenden Titelan-kündigungen ist absehbar, dass auch die zeit-

genössische wissenschaftliche Publizistik den Datumswechsel mit einer Fülle von Monographien, Editionen und Zeitschriften-Nummern zum Thema Zukunft begleiten wird. Die Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft bildet hier keine Ausnahme.

Dass die massenkulturelle Sciencefiction in Literatur (vgl. klassisch Clarke 1978) und Film (von Stanley Kubrick bis George Lucas) seit Jahrzehnten nicht anders verfährt, ist dagegen wenig erstaunlich. In diesem Genre verbindet sich „Zukunft“ fast schon definitionsgemäß mit einer Jahreszahl jenseits des Jahres 1999. Schließlich sind noch diejenigen, eher seltenen Texte erwähnenswert, deren Erzählungen mit dem Silvesterabend 1999 oder dem Neujahrs-morgen 2000 einsetzen und die dem Datumswechsel explizit dystopische Züge verleihen (vgl. Guha 1993; van den Esch 1964). Neben der politischen Dystopie wird hier die beginnende Klima-Katastrophe prognostiziert.

Dystopische Züge nimmt der Jahreswechsel vor allem aus der Sicht zahlreicher Computer-ExpertInnen an, die sich mit der 2000-Tauglichkeit der elektronischen Zivilisation befassen müssen. Das unterdessen auch LaiInnen vertraute Kürzel „Y2K“ steht für die Frage, ob der technologische Fortschritt des 20. Jahrhunderts seine Kehrseite unmittelbar mit hervorgebracht hat. Neben reißerischen Szenarien, die den Untergang der uns bekannten Welt mit kaum kaschiertem Vergnügen ausmalen (Joseph 1999), stehen ernsthafte Unruhe und langjährige Vorbereitungen bei vielen großen Unternehmen und zahlreichen Regierungen (allerdings vorwiegend in Europa und Nordamerika). Die komplexe Vernetzung der Welt war noch nie so augenfällig wie in diesem Problem. Die Atomwaffenarsenale der Erde werden in der Silvesternacht von US-amerikanischen und russischen Offizieren gemeinsam überwacht. Während die Stromwirtschaft verspricht, dass kein privater Haushalt um Licht und Wärme bangen müsse, werden in privaten Rechnern die Uhren zurück gestellt und in privaten Kellern Wasser- und Kerzenvorräte angelegt. Insbesondere in den Vereinigten Staaten wird der Datumswechsel mehr als Katastrophenereignis denn als einmaliges Fest wahrgenommen, obgleich hier die

höchsten Summen zur elektronischen Modernisierung ausgegeben wurden: Städtische Feierlichkeiten werden abgesagt, Ratschläge zur Versorgung mit dem Nötigsten ausgegeben. In der „Nacht der Nächte“ wird Ruhe zur ersten BürgerInnenpflicht und die utopie-freundliche Zahl 2000 mutiert zur Chiffre elektronischer Endzeit-Stimmung.

2. Der wortreiche Mangel an Visionen vor dem Millennium

Die hier kursorisch angeführte Sammlung einschlägiger Millenniums-Produkte und unruhiger Millenniums-Erwartungen stimmt die nordwestliche Welt mit zunehmender Lautstärke auf ein Ereignis ein, das nichts weiter als eine *kalendarische Konstruktion* ist. Dass die Jahreszahl 2000 einem/einer täglich von immer mehr nicht-literarischen Produkten bezugslos entgegenschreit, mag noch unter die gewohnten Werbestrategien gerechnet werden und scheint keiner analytischen Befassung wert zu sein. Die Inflationierung der großen Worte von der scheinbar jetzt beginnenden Zukunft hingegen hinterlässt auf Dauer eine wachsende *wortreiche Leere* in der öffentlichen Diskussion, die erklärungsbedürftig ist. Die permanente Präsentation von Jahrhundert-Ereignissen und Jahrhundert-Personen stellt sich dem/der RezipientIn als eine geradezu rituelle Beschwörung von Bedeutsamkeit dar, die vor allem den BeschwörerInnen selbst Bedeutung verleiht. Wenn in der Summierung schließlich *alles* künstlich mit hoher Relevanz versehen wird, wird Geschichte und werden ihre AkteurInnen beliebig. Die inflationäre Konstruktion von Bedeutung bringt sie letztlich zum Verschwinden.

Wer, so wie ich, seit vielen Jahren über Utopien und Dystopien arbeitet (vgl. u.a. Holland-Cunz 1988), kann sich der Millenniums-Faszination zunächst nur schwer entziehen. Doch das öffentliche Getöse und die teilweise geradezu grotesken Vermarktungsstrategien rund um das Datum 2000 müssen selbst EnthusiastInnen der Utopie auf Dauer beträchtlich ermüden. Die wortreiche Leere der öffentlichen Einstellungen auf das Jahr 2000 verweist auf ei-

nen *faktischen Mangel an Visionen*, der mit vielen und lauten Worten übertönt werden muss, will die nordwestliche Welt nicht kurz vor ihrem stets hoch mythisierten Datum die eigenen positiven Bilder von „Zukunft“ wortlos verabschieden. Dass sie sie derzeit *verramscht*, sollte nachdenklich stimmen.

Drei Erklärungsvarianten können ins diskursive Feld geführt werden, um die wortreiche Leere und den durch sie hindurch scheinenden Mangel an Visionen zu erhellen. Die erste Erklärungsmöglichkeit: Utopien sind überflüssig geworden, weil wir in der besten aller denkbaren Welten leben. Diese Erklärungsvariante verbindet sich seit einem knappen Jahrzehnt mit dem Essay von Joachim Fest (1991), der angesichts des Zusammenbruchs des Realsozialismus das „Ende des utopischen Zeitalters“ ausgerufen hat (vgl. die Fest-kritische Debatte bei Saage 1992). Eine solche Position begrüßt den Visionenverlust emphatisch als endgültige Befreiung vom totalitären Denken. Das Millenniumsgetöse wäre in dieser Perspektive also tatsächlich und zu Recht nur noch mediales Ereignis, reine Oberfläche, Erlebnis. Ausgesprochener Visionenverzicht ist der Kern der ersten Position.

Die zweite Erklärungsmöglichkeit: Utopien werden dringend gebraucht, weil wir in einer schlecht eingerichteten Welt leben; die Realisierung ist jedoch das eigentliche Problem. Exemplarisch für diese Haltung kann dasjenige internationale Dokument angeführt werden, das im vergangenen Jahrzehnt die größte visionäre Kraft entfaltet hat: die Agenda 21 (Bundesministerium 1997). Die richtige Erkenntnis, „Die Menschheit steht an einem entscheidenden Punkt ihrer Geschichte“, den sie nur „in einer globalen Partnerschaft“ bewältigen kann (ebd., 9), hat in den Jahren nach Rio de Janeiro keineswegs zur Einhaltung der kollektiv formulierten Zielvorgaben geführt. Betrachtet man/frau die Agenda 21 als ein visionäres Dokument, so liegt der Mangel nicht auf der Seite der Utopien, sondern in ihrer Realisierung. Diese Position kennt keinen Visionenverlust im eigentlichen Wortsinne; doch scheitert die Konkretisierung der konkreten Utopie, und Visionenverlust ist gleichsam sekundäres Merkmal der Position. In

der zweiten Perspektive könnte deshalb das Millenniumsgetöse als Kaschierung des unangenehmen Wissens von einer dringend notwendigen, aber immer neu scheiternden Veränderung der Welt beschrieben werden.

Die dritte Erklärungsmöglichkeit schließlich: Utopien werden zwar durchaus gebraucht, doch haben sie ihre normative Kraft verloren; nur Kritik und Realpolitik können Problemlösungen hervorbringen. Typische VertreterInnen dieser Position finden sich vor allem unter ehemaligen AktivistInnen sozialer Bewegungen, die heute in Institutionen der konventionellen Politik arbeiten. Prominente ProtagonistInnen der dritten Variante lassen sich deshalb ebenso bei den deutschen Grünen wie in vielen kommunalen Gleichstellungsstellen antreffen. Hier bildet ein pragmatischer Visionenverlust den Kern der Position; die visionäre Sicht auf Politik gilt zusehends als regressiv, pubertär, unreal und im schlechten Sinne utopistisch, sobald sie mehr als eine politische Marketingstrategie sein will. In der dritten Perspektive könnte deshalb das Millenniumsgetöse als professionelle Befassung mit einem medial leicht politisierbaren Ereignis betrachtet werden, durch das die Niederungen der Realpolitik publikumswirksam als Zukunftsfähigkeit an den Mann und die Frau gebracht werden können.

Diese drei Erklärungsvarianten betrachte ich ausdrücklich nicht als alternativ, sondern als gleichermaßen präsent und wirksam. Die wortreiche Leere in der öffentlichen Millenniums-Konstruktion speist sich aus allen drei Formen eines Mangels an Visionen. Die erste Position möchte ich mit dem Stichwort „Abschaffung der Utopien“, die zweite mit dem Label „Hilflosigkeit der Utopien“ und die dritte mit der Bezeichnung „Modernisierung statt Utopien“ charakterisieren. Während die erstgenannte Perspektive auf einen ausdrücklichen Visionenverzicht setzt, basieren die beiden anderen Varianten eher auf einem Visionenverlust. Alle drei kennzeichnet ein Mangel, ein gewolltes oder ungewolltes Defizit utopischer Kreativität, das interessanterweise jedoch *nicht zu einem bewussten Verzicht* auf großspurige Millenniums-Rhetorik führt. An der Einstimmung auf das hoch mythisierte Datum beteiligen sich ModernisiererInnen genau-

so wie hilflose FreundInnen der Utopie und selbst die Frankfurter Allgemeine Zeitung, deren Herausgeber Joachim Fest lange war, produziert seit Februar 1999 eine das vergangene Jahrtausend säuberlich in Jahrhundert-Etappen beschreibende regelmäßige Beilage. Scheinbar niemand möchte abseits stehen: Zu tief ist in der hegemonialen nordwestlichen Kultur das Datum 2000 als visionärer Mythos verankert.

3. Das Schweigen der UtopistInnen

Dem wortreichen Mangel an Visionen auf Seiten dieser drei öffentlich dominanten Positionen entspricht auf der „anderen Seite“ der utopischen Polarität die Wortlosigkeit der UtopistInnen. Erst ihre *vollkommene Sprachlosigkeit* macht es letztlich möglich, dass alle drei Mangelpositionen unwidersprochen mit großspurigem Wortschwall am visionären Mythos partizipieren können. ModernisiererInnen, FeindInnen und hilflose FreundInnen der Utopie können die „Magie“ des Datums verramschen, ohne von einer radikal-utopischen Position auf Defizite verwiesen zu werden. Alle drei können das Visionäre als zweckdienliche politische Strategie etablieren, ohne auf gesellschaftsverändernde Inhalte festgelegt zu werden. Sie können „die Zukunft“ in Gestalt einer Zahl reklamieren, ohne sich damit auf Zukunftsfähigkeit im emphatischen Sinne des Begriffs zu verpflichten. Die These ist nur scheinbar paradox: Das Schweigen der UtopistInnen verschärft das Millenniumsgetöse. Denn ohne ihr Schweigen könnte sich die wortreiche Leere nicht in der gleichen Weise öffentlich ausbreiten.

Nun ist es eine alte Binsenweisheit der Utopieforschung, dass Utopieproduktion schon immer stark vom gesellschaftlichen Klima abhängig war, dass Utopien ein extrem „konjunkturabhängiges“ politiktheoretisches Genre darstellen. Zeiten gesellschaftlichen Aufbruchs, wie etwa die Jahre der Entstehung und Hoch-Zeit der neuen sozialen Bewegungen, sind utopiefreundliche Zeiten, in denen Utopien weder als totalitäre Hirngespinnste noch als schal moralisierendes Pathos betrachtet werden. In solchen

Zeiten des politischen Wandels und der Veränderungshoffnungen bilden Utopien vielmehr den willkommenen Orientierungsrahmen für gesellschaftliche Praxisformen und transformative Theoriebildung. Pointiert ausgedrückt: Niemand schämt sich seiner/ihrer utopischen Kreativität, sie gilt nicht als pubertär, sondern als würdevoll; die Notwendigkeit utopischen Denkens wird gesellschaftlich anerkannt, Vereinnahmungsversuche werden selbstbewusst abgewehrt.

Dass utopiefreundliche Perioden der Geschichte meist von kurzer Dauer sind, ist ebenfalls eine alte Beobachtung. Die Kraft der visionären Bilder lässt mit ihrer gesellschaftlichen Akzeptanz und Integration regelmäßig nach, die politische Macht der UtopistInnen schrumpft mit der vermeintlichen, symbolischen oder faktischen Annäherung der sozialen Realität an die Vision. Auch für die letzte utopiefreundliche Phase der Geschichte lässt sich diese Relation nachweisen. Während die siebziger Jahre eine Fülle vor allem feministischer und ökologischer Utopien hervorgebracht haben, die in Theorie und Praxis der neuen sozialen Bewegungen unmittelbar verankert waren (vgl. exemplarisch Ursula K. Le Guins „The Dispossessed“ (1981) und Ernest Callenbachs „Ecotopia“ (1982) Mitte der siebziger Jahre), waren die achtziger Jahre durch zunehmend institutionalisierte Formen von Frauen- und Umweltpolitik und die erfolgreiche Aufnahme der Geschlechter- und Naturfrage in den gesellschaftlichen Diskurs geprägt. Angesichts feministischer und ökologischer Realpolitik ist es, utopiegeschichtlich typisch, um die Visionen einer geschlechtergerechten und naturfreundlichen Gesellschaft still geworden.

Das aktuelle Schweigen der UtopistInnen hat allerdings noch eine weitere Ursache. Neben dem zu erwartenden Rückgang utopischer Kreativität aufgrund symbolischer Akzeptanz der visionär artikulierten Gesellschaftskritik ist der Untergang des Realsozialismus und die nach-Festsche Utopiedebatte die zweite Ursache der utopischen Sprachlosigkeit. Während der erstgenannte Prozess ein idealtypisches/utopietypisches Phänomen darstellt, das der Utopieforschung keinen Anlass zur Besorgnis geben

muss, hat der zweite Prozess ein faktisches Utopieverbot über die öffentliche Debatte verhängt. Auch der Protest und die Kritik seitens der VerteidigerInnen des utopischen Denkens (vgl. Saage 1992) hat hier wenig Wirkung gezeigt. Die neunziger Jahre standen deutlich unter dem Festschen Verdikt vom „Ende des utopischen Zeitalters“. Erst der mit „Zukunft“ assoziierte bevorstehende Datumswechsel hat das Verbot scheinbar aufgehoben, den Schein vom Ende des Utopieverbots erzeugt. Doch wie gezeigt: Der Wortreichtum ist nur die Oberfläche des Schweigens, des Mangels an Vision.

4. Zu viele und zu wenige Worte: der Diskurs über „Zukunft“

Ich gehe davon aus, dass das Zuviel und das Zuwenig der Worte, die wortreiche, visionslose Leere und das Schweigen der UtopistInnen, dem gleichen Phänomen angehören. *Foucaultianisch* gesprochen könnte man/frau das Millenniumsgetöse als eine kurzzeitige Diskursexplosion bezeichnen, die den Schein der Befreiung durch Sprechen evoziert (vgl. Foucault 1991). Der beschriebene öffentliche Vorgang, in Metaphern der Zukunftsfähigkeit zu sprechen, macht glauben, dass tatsächlich eine Auseinandersetzung mit notwendigen, Freiheit versprechenden Veränderungen stattfindet... ohne dass auch nur ein einziges Wort visionärer Gesellschaftskritik geäußert würde. „Man sagt nicht weniger, im Gegenteil. Aber man sagt es anders, es sind andere Leute, die es sagen, von anderen Gesichtspunkten aus und um anderer Wirkungen willen“, wie Michel Foucault (1991, 40) so schön schreibt.

„Man braucht keine binäre Teilung zwischen Gesagtem und Nichtgesagtem vorzunehmen; man müsste vielmehr die verschiedenen Arten, etwas nicht zu sagen, zu bestimmen versuchen (...). Es gibt eine Vielzahl von Schweigen, und sie sind integrierender Bestandteil der Strategien, welche die Diskurse tragen und durchkreuzen.“

Die „Stummheit“ ist „weniger die absolute Grenze des Diskurses“, nicht seine „andere Seite“, sondern „Element(e)“ der „Gesamtstrategien“ (ebd.).

Das Sprechen funktioniert im 2000-Diskurs wie ein Schweigen, während das Schweigen wiederum den Sprechenden eine spezifische Sprache erlaubt, die die emphatische, Freiheit versprechende Sprache der Schweigenden ist. Die kreative utopische Spekulation, die sich kulturgeschichtlich in unseren Breiten so lange mit dem Datum 2000 verbunden hat, ist zugleich anwesend und abwesend. Die (Laut-)Stärke des Millenniumsgetöses speist sich aus den Quellen der Utopiegeschichte, hat sie gewissermaßen zum Leben erweckt, um sie sich machstrategisch anzueignen. Der Utopiediskurs als Idee befreiender Gesellschaftskritik, die Zukunftsversprechen der Utopien auf Freiheit, Gerechtigkeit und das gute Leben, werden von den „Verwalter(n) des Lebens und Überlebens“ (Foucault 1991, 163) in „Regie genommen“ (ebd., 164). Die moderne Macht zum Leben bringt das Utopische, längst nicht mehr widerständig, sondern Teil der Netze der Macht, in ihrem Sinne zum Sprechen.

Erklärungskräftig ist auch Michel Foucaults später Begriff der Problematisierung, den er als Prozess versteht, in dem „bisher unproblematische(n) Beziehungen“ (Foucault 1996, 77) zwischen Begriffen und Kategorien zum Gegenstand von Befassung und Auseinandersetzung werden.

„Die Geschichte des Denkens ist die Analyse der Art und Weise, wie ein unproblematisches Erfahrungsfeld oder eine Reihe von Praktiken, die als selbstverständlich akzeptiert wurden, die vertraut und „unausgesprochen“ sind, also außer Frage stehen, zum Problem werden, Diskussionen und Debatten hervorruft, neue Reaktionen anregt und eine Krise der bisherigen stillschweigenden Verhaltensweisen, Gewohnheiten, Praktiken und Institutionen bewirkt. Die Geschichte des Denkens, in diesem Sinn verstanden, ist die Geschichte der Art und Weise, wie Menschen beginnen, sich um etwas zu kümmern, sich um dieses oder jenes zu sorgen – zum Beispiel um Wahnsinn, um Verbrechen, um Sexualität, um sich selbst oder um Wahrheit.“ (Foucault 1996, 78)

„Zukunft“, so möchte ich im Sinne Foucaults behaupten, ist in den vergangenen Jahrzehnten zu einer zentralen gesellschaftlichen Frage, einer notwendigen Befassung, einer Sorge, einem Sich-Kümmern geworden. Schon die Zukunftsgewissheit der Utopien des 19. Jahrhunderts

haben die Visionen des 20. Jahrhunderts insgesamt nicht mehr geteilt. Die letzte Utopiekonjunktur hat die Besorgtheit noch drastisch verschärft: Keine Vision der siebziger Jahre geht von einer sicheren Zukunft des guten Lebens aus, alle Texte integrieren Motive der Bedrohung, des ungewissen Ausgangs der Menschheitsgeschichte, des möglichen Scheiterns der utopischen Gemeinschaft (vgl. Holland-Cunz 1992). Der folgende *Verlauf einer Problematisierung* ließe sich konstruieren: Der Prozess der Problematisierung von „Zukunft“ setzt mit den großen, klassischen Dystopien dieses Jahrhunderts (Jewgenij Samjatin 1920 (1975), Aldous Huxley 1932 (1974), George Orwell 1949 (1972)) ein, erweitert sich mit den ambivalenten, zukunftsbesorgten Utopien der siebziger Jahre, vermeldet ein Utopieverbot nach dem Untergang des Realsozialismus und kulminiert schließlich in einer Macht-vollen Diskursexplosion kurz vor dem mit „Zukunft“ aufgeladenen Datum 2000.

Wesentlich in diesem Zusammenhang ist, dass Foucault ausdrücklich betont, dass die gesellschaftliche Problematisierung eines Phänomens „eine ‚Antwort‘ auf eine konkrete Situation, die durchaus real ist“ (Foucault 1996, 179), darstellt. Es geht um das Verstehen, „warum diese Art von Antwort auftaucht als Erwiderung auf einige konkrete und spezifische Aspekte der Welt“ (Foucault 1996, 180). Weshalb „diese Art von Antwort auftaucht“ (ebd.), liegt auf der Hand. Das 20. Jahrhundert hat die politischen, sozialen und technischen Hoffnungen, die im utopiegläubigen 19. Jahrhundert artikuliert wurden, in jeder Hinsicht aufs Gründlichste enttäuscht und widerlegt. Die totale Herrschaft im Sinne Hannah Arendts dokumentiert den Verlust der politischen Utopie Freiheit, zunehmende soziale Ungleichheit weltweit den Verrat der sozialen Utopie Gerechtigkeit, Tschernobyl und andere technologische Katastrophen belegen die systematische Unwahrscheinlichkeit einer Befreiung zur Muße durch Technik. Die „konkrete Situation, die durchaus real ist“ (Foucault) und auf die die Problematisierung von „Zukunft“ direkt antwortet, ließe sich als nahezu endlose Liste globaler Bedrohungen ausbuchstabieren: Von den rassistisch/ethnozentrisch motivierten

Kriegen bis zur besorgniserregenden Lage des Weltklimas, von den vermeidbaren Seuchen aus Armut bis zum Analphabetismus, vom Welt-hunger bis zum hegemonialen globalisierten Kapitalismus gibt es fast keinen gesellschaftlichen Bereich weltweit, in dem eine Haltung der *Sorge* unangemessen wäre. Ja, man/frau kann hier kaum, wie Michel Foucault, von „einige(n) konkrete(n) und spezifische(n) Aspekte(n) der Welt“ sprechen, ohne sich des Verdachts zynischer Euphemismen auszusetzen.

Die Problematisierung von „Zukunft“ in ihren aktuellen Ausdrucksformen lärmender Visionslosigkeiten und schweigender VisionärInnen ist gleichsam die sorgenvolle Antwort des 20. Jahrhunderts auf sich selbst. Die positive mythische „Ladung“ des Datums 2000 ist durch das vergangene Jahrhundert nachhaltig erschüttert worden, doch dieses machtkritische Eingeständnis kann in der Sprache und in den Bildern der medialen Erlebniswelt nicht formuliert werden. Die zahlreichen Rückblicke allenfalls könnten als unausgesprochener Versuch einer Selbstvergewisserung gedeutet werden, oder vielleicht sogar als öffentliche *Intuition*, dass Anlass zur Sorge besteht. Die „Krise“ (Foucault) der „Zukunft“ artikuliert sich in einem lärmenden Diskurs über das Datum 2000.

Wo stehen in diesem Diskurs diejenigen, die in den siebziger Jahren am klarsten die Zukunftsungewissheit visionär artikuliert haben? Spiegeln sich die hier herausgearbeiteten Muster auch im Diskurs derjenigen sozialen Bewegung, die die Idee von „Zukunft“, die Strukturen und Inhalte von Vision und Utopie in den vergangenen Jahrzehnten am stärksten erschüttert und neu geprägt hat?

5. Frauenpolitische Bilder von „Zukunft“ vor dem Millennium

Angesichts der frauenpolitischen Nüchternheit vor dem Jahr 2000 könnte man/frau leicht vergessen, dass die Neue Frauenbewegung entscheidend zur Erneuerung des Genres Utopie beigetragen hat. Sowohl nach reiner Quantität als auch nach inhaltlicher Innovationskraft hat keine andere neue soziale Bewegung solch ei-

nen visionären Reichtum hervorgebracht. Feministische Utopien der siebziger Jahre sind radikal antipatriarchal, in ihrer politischen Entscheidungsstruktur meist basisdemokratisch organisiert, ökonomisch subsistenzorientiert, sozial bindingsbezogen und naturfreundlich. Keine andere Gruppe von UtopistInnen hat jedoch zugleich so starke *dystopische* Motive in ihre utopischen Entwürfe eingebaut: Die feministischen Utopias werden von kriegesischen patriarchalen Nachbarstaaten, von ökologischen Verwüstungen und Katastrophen und von selbstzerstörerischen gesellschaftlichen Dynamiken permanent in ihrem Bestand und ihrer Zukunftsfähigkeit bedroht (vgl. Holland-Cunz 1988).

Ende der neunziger Jahre ist die frauenpolitische Stimmungslage sowohl von den utopischen als auch von den dystopischen Elementen der frühen feministischen Visionen gleich weit entfernt. Das dominante Millenniums-getöse findet weitgehend ohne frauenpolitische Beteiligung statt, wenn auch nicht ganz ohne Frauenbeteiligung. 600 der etwa 9000 Flugbegleiterinnen von British Airways sind schwanger, weil sie sich an einem Wettbewerb („Baby Race 2000“) beteiligen, dessen Ziel Geburten am 1.1.2000 sind; die Schwangerschaftsrate bei British Airways ist damit um 30 Prozent höher als üblich (Frankfurter Rundschau 20.8.1999). Erwähnenswert ist auch die Ernennung von Jeanne d'Arc zur „Superfrau des Jahrtausends“, gekürt durch eine Prominentenjury im Auftrag der Zeitschrift „Journal für die Frau“ (Frankfurter Rundschau 18.6.1999). Klassisch feministische Aktivitäten zur Feier des Millenniums sind dagegen eher rar: Nur eine Fachzeitschrift, die britische „Feminist Review“, hat meines Wissen bislang ein „Millennium Issue“ angekündigt.

Nimmt man/frau jedoch die etablierte feministische Kongresskultur als sicheres Zeichen, welche Fragen in der frauenpolitischen Szene jeweils als aktuell und zentral gelten, so fallen in den Jahren 1998/1999 immerhin drei bundesdeutsche Kongresse auf, in denen „Zukunft“ explizit zum Titelthema erklärt wurde. Diese drei waren selbstverständlich nicht die einzigen frauenpolitischen Tagungen der vergangenen beiden Jahre, doch aufgrund von Größe und

Publizität diskursiv bedeutsam. Prominente Politikerinnen wie die neue deutsche Bundesfrauenministerin Christine Bergmann in Kiel oder die Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts Jutta Limbach in Berlin gaben den Ereignissen gar einen besonderen öffentlichen Glanz. „Zukunft“ war, ganz ohne Millenniumsgetöse, als wissenschaftlich inspirierte frauenpolitische Debatte also durchaus nicht marginal.

Im Mai 1998 diskutierten auf Einladung der „Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen“ etwa 300 Frauen aus mehr als 25 Ländern über „Europa – Union der BürgerInnen. Perspektiven, Bündnisse, Strategien für eine globale Zukunft“ (vgl. Überparteiliche Fraueninitiative Berlin o.J.) im Preußischen Landtag. Im Februar 1999 debattierten auf Einladung der Koordinierungsstelle für Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte beim Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau des Landes Schleswig-Holstein etwa 200 TeilnehmerInnen über „Frauen gestalten Zukunft“ (vgl. Ministerium für Frauen 1999) an der Universität Kiel. Im März 1999 schließlich lud die Bundeszentrale für politische Bildung in Zusammenarbeit mit allen 16 Landeszentralen zum Kongress „Demokratische Geschlechterverhältnisse im 21. Jahrhundert. Alte Forderungen – neue Herausforderungen“ ins Haus der Kulturen der Welt nach Berlin ein (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 1999). Alle drei Kongresse thematisierten „Zukunft“ im selbstbewussten Tenor von „viel erreicht und noch vieles zu tun“. Symptomatisch und exemplarisch für die Diskursform der drei Kongresse ist das Grußwort Rita Süßmuths zum Berliner Europa-Kongress:

„Heute, 150 Jahre später, ist zwar vieles an Frauenrechten erreicht, doch eine volle Gleichberechtigung und Gleichstellung ist noch immer keine Wirklichkeit. So wie 1848 die Frauen aufbrachen, um ihre Emanzipation zu erkämpfen, ist es heute unsere Aufgabe, sich im zusammenwachsenden Europa für die Ziele und Belange von Frauen einzusetzen.“ (Süßmuth o.J., 2)

Und weiter heißt es:

„Wir stehen inmitten von großen Veränderungen. Globalisierung und gesellschaftliche Umbrüche führen zu Unsicherheit bei den Menschen. Krisenzeiten bedeu-

ten aber auch gleichzeitig die Chance, mit innovativen Gedanken die Veränderung aktiv mitzugestalten.“

So wohltuend einerseits die Nüchternheit dieser gleichstellungspolitischen Einschätzung wirkt, so auffällig ist andererseits die Kargheit der Hoffnungen und Wünsche. Sich „für die Ziele und Belange von Frauen“ im „zusammenwachsenden Europa“ „einzusetzen“ (Süßmuth), ist zweifellos eine notwendige frauenpolitische Option, eine perspektivische Vision „für eine globale Zukunft“, die der Kongressuntertitel verspricht, stellt die Süßmuthsche Empfehlung ebenso zweifellos *nicht* dar. Unter das wissenschaftliche und politische Mega-Stichwort „Globalisierung“ subsumiert, werden politische Perspektiven sogar deutlich unter das bedrohliche Verdikt „gesellschaftliche(r) Umbrüche“ und „Krisenzeit(en)“ gestellt, die „bei den Menschen“ „Unsicherheit“ erzeugen. Die sprachliche Verbindung frauenpolitischer Perspektiven mit einem vollkommen visionslosen Einsatz für „Belange von Frauen“ wird durch die folgende zukunftsbezogene Assoziationskette „Globalisierung“, „Umbrüche“, „Unsicherheit“ und „Krisenzeiten“ geradezu dystopisch gewendet. Die Chance, „mit innovativen Gedanken die Veränderung aktiv mitzugestalten“ (Süßmuth) bietet wenig visionäre Anhaltspunkte. Die Konnotation des Textes ist vielmehr: Wenn Frau Glück hat, kann sie an den ohnehin stattfindenden, verunsichernden gesellschaftlichen Umbrüchen ein wenig mit verändern. Visionslosigkeit und Zukunftssorge bewegen die Schreiberin oder ihre vorgestellten Adressatinnen. Die Problematisierung von „Zukunft“ im oben beschriebenen Sinne scheint den Grußworten direkt unterlegt.

Auch in Kiel ist, trotz des vielversprechenden Tagungstitels „Frauen gestalten Zukunft“, der zukunftsbezogene Tenor mehr als verhalten. Christine Bergmann (1999, 5) formuliert in ihrem Beitrag in erster Linie „die zukünftige Frauenpolitik auf Bundesebene“ aus, die vor allem ein klassisches Programm „Frau und Beruf“ umfasst. Noch nicht einmal eine Rhetorik von „Zukunft“ findet sich hier, obgleich der relevante Bezugstext Bergmanns, die rot-grüne Koalitionsvereinbarung, den emphatischen Ti-

tel „Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert“ (Vorstand der SPD 1998) trägt. Der einzige Hinweis im Text, der über eine rein nüchterne Realpolitik hinausgeht, findet sich in dem einleitenden Hinweis, Gleichstellung „mit dem gleichen Mut und der gleichen Entschlossenheit der Frauenbewegung wieder zu einem großen gesellschaftlichen Reformprojekt zu machen“ (Bergmann 1999, 5). Ein Reformprojekt freilich, das wesentlich der beruflichen Gleichstellung verpflichtet ist, fällt weit hinter die politische Praxis der Neuen Frauenbewegung zurück, sogar hinter diejenigen Praxisformen, die mit den visionären Anfängen nie konform gingen. Die feministische Dialektik von Reform und grundlegender Gesellschaftsveränderung ist zerbrochen. Die Nüchternheit und Kargheit, eher die Bescheidenheit und *Beschränktheit* der frauenpolitischen Bilder von „Zukunft“ vor dem Millennium ist eklatant. So problematisch und problematisierbar das dominante Millenniumsgetöse daher kommt, so auffällig ist der frauenpolitische Visionenverzicht. Auch im Feminismus schweigen die Utopistinnen. Der noch vor dreißig Jahren stark utopisch argumentierende Feminismus verleugnet seine Hoffnungen auf antipatriarchale Transformation.

6. Bescheidene feministische Politikvorstellungen vor dem Jahr 2000

Die Protagonistinnen heutiger Frauenpolitik, Vertreterinnen der institutionellen Politik, rekurren selbst dann nicht auf die visionären Möglichkeiten der Neuen Frauenbewegung, wenn ihnen das Thema „Zukunft“ per Kongresseinladung verpflichtend aufgetragen wird. Bei einer zweiten wichtigen Gruppe frauenpolitischer Protagonistinnen, Wissenschaftlerinnen aus der akademischen Frauen- und Geschlechterforschung, lässt sich ebenfalls eine gewisse Nüchternheit angesichts des Millenniums feststellen.

Ich orientiere meine Überlegungen an der kursorischen Untersuchung eines repräsentativen Querschnitts der deutschsprachigen feministischen Politikwissenschaft der Jahre 1998

und 1999: den je zwei 1999 erschienenen Bänden der beiden feministisch-politikwissenschaftlichen Reihen bei Leske & Budrich (Ak Politik und Geschlecht in der DVPW) und Campus (Kreisky/Sauer; ehemals Ak Politik und Geschlecht) (Bauhardt/von Wahl 1999; von Wahl 1999; Appelt 1999; Abels/Sifft 1999), den drei 1998 und 1999 bislang erschienenen Heften der *femina politica* (*femina politica* 1/1998; 2/1998; 1/1999) und dem Sonderheft 28 der Politischen Vierteljahresschrift (Kreisky/Sauer 1998a). In diesen acht aktuellen Buchpublikationen verteilen sich die Themen wie folgt: Das Thema Demokratie wird zweifach bearbeitet (*femina politica* 1/1998; Abels/Sifft 1999), das Thema Europa ebenfalls (*femina politica* 2/1998; Appelt 1999), jeweils einzeln bearbeitet werden die Themenfelder 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland (*femina politica* 1/1999), Kategorie Geschlecht (Bauhardt/von Wahl 1999) und Gleichstellungspolitik (von Wahl 1999), einen Gesamtüberblick schließlich bietet das PVS-Sonderheft (Kreisky/Sauer 1998a).

In der Themenwahl der Publikationen findet sich die Themensetzung der Kongresse nur bedingt wieder. „Zukunft“ wird in der „*femina politica*“ (1/1999) zwar in der mittelbaren Weise des im öffentlichen Diskurs üblichen Rückblicks evoziert, zum Thema 2000 gibt es jedoch keinerlei Planungen für folgende Hefte (vgl. *femina politica* 1/1999, 8). Für die einzige deutschsprachige „Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft“ (so der Untertitel) findet das Jahr 2000 nicht statt. Ähnliches gilt für die beiden Publikationen in beiden Reihen. Selbst wenn man/frau selbstverständlich in Rechnung stellen muss, dass Buchpublikationen nicht unerhebliche Vorlaufzeiten und immer wieder auch einige Unwägbarkeiten aufweisen, ist die thematische Orientierung an klassischen politikwissenschaftlichen Feldern wie Demokratie, Europa, Gleichstellung und der metatheoretischen Verständigung über die Kategorie Geschlecht erklärungsbedürftig. Der durchgängige Visionenmangel in Themensetzung und -bearbeitung ist augenfällig, wird allerdings nicht, wie in den dominanten öffentlichen Einstellungen auf den mythischen Datums-

wechsel, mit einer lärmenden Leere wortreich kaschiert.

Ausnahmen von der Regel des visionären Mangels existieren jedoch zumindest in Ansätzen. Erna Appelt beendet ihre Arbeit über StaatsbürgerInnenschaft mit der Frage nach der „Vision einer neuen Gesellschaft“ (Appelt 1999, 193) für eine Gesellschaft, die Appelt zufolge „in einer tiefen Krise ist“ (ebd.). „Wollen wir der Utopie einer Gesellschaft, in der *alle* Menschen ihre Bedürfnisse befriedigen und ihre Fähigkeiten entfalten können, ein kleines Stück näher kommen, dann bedarf es eines radikalen Umdenkens. Dann bedarf es eines Entwurfs einer neuen Politik, die so etwas wie *global citizenship* ermöglichen könnte.“ (ebd., 194). Mit diesem Plädoyer für Vision, Utopie, radikales Umdenken und neue Politik steht Erna Appelt in den Reverenztexten nahezu alleine da. Dass auch bei ihr das Bild der Krise präsent ist, sei nur am Rande vermerkt. Sehr viel vorsichtiger als Appelt formulieren dagegen Kreisky/Sauer (1998b, 44) in der Einleitung des PVS-Sonderheftes, dass sich „soziale und politische Utopien und Ideen“ in Zeiten der Transformation als „nicht ganz unverzichtbar“ erweisen. Bedeutsam ist, dass nur in denjenigen analytischen Kontexten, die Transformation und/oder globale Entwicklungen ins Zentrum der Betrachtung rücken, die Fragen nach Utopien und veränderbarer Zukunft überhaupt angesprochen werden. Frauenpolitisch betrachtet ist „Zukunft“ offensichtlich eine globale Frage.

Das eigentliche Thema, das frauenpolitisch vor dem Jahr 2000 beschäftigt, findet sich demnach in mehreren Publikationen, die aus dem Jahre 1998 stammen: Es sind dies Veröffentlichungen zum Mega-Thema Globalisierung (beiträge 1998; Wichterich 1998; Ruppert 1998; Klingebiel/Randeria 1998). Dem Gestus des einleitenden Grußworts von Rita Süßmuth vergleichbar, ist die wissenschaftliche Literatur zum Thema Globalisierung im Wesentlichen von Sorge geprägt. Am deutlichsten wird dies in der Arbeit von Christa Wichterich, der besten deutschsprachigen Kennerin der internationalen frauenpolitischen Szenen und Entwicklungen. Wichterichs (1998) programmatischer Untertitel „Berichte aus der Zukunft der Ungleich-

heit“ dokumentiert die Richtung der Argumentation: „Doch die Globalisierung wirkt nicht geschlechtsneutral. Sie zieht Frauen anders in ihren Sog als Männer.“ (ebd., 9), und Frauen verschiedener Klassen und geographischer Herkunft wiederum sehr unterschiedlich. Exemplarisch für die meisten Analytikerinnen der Globalisierung resümiert Wichterich: „Tatsächlich haben junge, qualifizierte, flexible Frauen so gute Chancen auf Lebensqualität, Selbstbestimmung und Karriere wie nie zuvor. Aber die Gruppe der Gewinnerinnen ist klein“ (ebd., 251). Die Autorinnen der drei angeführten Textsammlungen teilen dieses Fazit uneingeschränkt, zumal Wichterichs Arbeiten in der gesamten frauenpolitischen Debatte zur Globalisierung zu Recht als die hierzulande wichtigsten und bestinformierten Arbeiten gelten.

In diesem kurzen Blick auf aktuelle, frauenpolitisch relevante Publikationen wird erkennbar, dass die Globalisierung den *eigentlichen Kern* der feministischen Thematisierungsweise von „Zukunft“ darstellt. Wenn Antizipationen und Prognosen überhaupt formuliert werden, sind sie fast immer stark von der Sorge um eine weltweit zunehmende Ungleichheit zwischen den Geschlechtern geprägt. „Zukunft“ wird, abgesehen von Appelts schöner Hoffnung auf eine globale StaatsbürgerInnenschaft, vor allem mit frauenpolitischem Rückschritt, mit dem wahrscheinlichen Verlust des so hart Er kämpften und bisher Erreichten, aufgeladen. Im Zuge der Transformationen lösen sich für die feministische Forschung selbst die wenigen frauenpolitischen Gewissheiten auf. Staatliche Handlungspotentiale, vor allem staatliche Gleichstellungspolitiken, können angesichts des Bedeutungsverlustes der Nationalstaaten im Globalisierungsprozess kaum noch als rettender Ausweg betrachtet werden. Doch wird an den feministisch geschaffenen Instrumenten der staatlichen Verwaltung der Frauenfrage explizit festgehalten, obgleich sie, nähme man/frau die eigenen Globalisierungssorgen wörtlich, kaum noch Perspektiven politischen Handelns böten. Frauenpolitische AktivistInnen und ForscherInnen setzen heute verstärkt, ja zunehmend emphatisch, auf den demokratischen Staat als systemisches und politisches Erfolgsprojekt,

um den alten Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit Anerkennung und Realisierung zu verschaffen. Die „Zukunft“ aus feministischer Sicht ist zu Recht eine globale Frage, ihre Beantwortung sucht frau allerdings noch immer in erster Linie auf der institutionalisierten nationalstaatlichen Politik-Ebene.

7. Visionäre Enthaltbarkeit: ein abschließendes Pro und Kontra

Im Vergleich zum sich nun täglich steigern den Millenniumsgetöse ist die visionäre Bescheidenheit feministischer politischer Theorie und Praxis zunächst einmal sehr wohltuend. Wollte man/frau die Rolle der Frauenpolitik im Millenniumsgetöse einem der oben beschriebenen Muster zuordnen, so gehört sie zweifellos auf die Seite des Schweigens der UtopistInnen. Darf positiv unterstellt werden, dass die ehemaligen Utopistinnen befürchten, jede utopische Spekulation sei heute in den Netzen der Macht gefangen und nur eine strikt anti-utopische Haltung könne somit angemessen sein? Nichts deutet darauf hin, denn sowohl eine Problematisierung der wortreichen Leere als auch eine Kritik der Utopie sind bisher ausgeblieben. Die feministische Zurückhaltung beim Wünschen und Hoffen ist argumentationslos.

Jede Zurückhaltung gegenüber der „Zukunft“ verweist jedoch immerhin auf einen Aspekt, der in der lärmenden Leere des öffentlichen Getöses oft genug verschleiert wird: dass „Zukunft“ systematisch ungewiss ist, sei sie utopisches oder dystopisches Szenario. „Nichtvorhersagbarkeit ist in der Regel keine Folge unserer beschränkten Vernunft oder des unzureichenden Wissenstandes der Menschen, sondern das eigentliche Wesen der Dinge“, schreibt Stephen Jay Gould (1999, 15) in „Der Jahrtausend-Zahlenzauber“. „(P)rinzipielle Nichtvorhersagbarkeit“ ist „das beherrschende, definierende Merkmal komplexer Systeme“ (ebd., 18). In diesem Sinne können Visionen niemals exakte Prognosen sein, sondern bestenfalls halb verlässliche Extrapolationen aus heute bekannten Daten, die in ihrer Menge zudem recht beschränkt verarbeitbar sind. Gegenwartser-

hellung, nicht Zukunftsbeschreibung, ist deshalb auch das heimliche Thema vieler Szenarien der seriösen Zukunftsforschung (vgl. McCorduck/Ramsey 1998, 37).

Visionäre Bescheidenheit oder gar Enthaltbarkeit können deshalb mit einigem Recht als rationale Haltungen betrachtet werden, die der Komplexität gesellschaftlicher Strukturen und Transformationen angemessen sind. Wo unzulängliche Extrapolationen, fragwürdige Prognosen und geschichtliche Zufälle regieren, müssen sich UtopistInnen nach dem Sinn ihrer Anstrengungen fragen lassen. Wo Visionen nur als die bebilderten Ängste und Hoffnungen der Spezies Mensch gelten, scheinen Bilder für das Verstehen und die Bewältigung zukünftiger Herausforderungen eher hinderlich als förderlich zu sein. Wo Bilder von Zukunft zum Verkauf unsinniger Waren und haltloser politischer Botschaften verwendet werden, verlieren sie ihren hoffnungsvollen Wert. In einer naturwissenschaftlich informierten oder postmodernen Rationalität können Utopien deshalb allenfalls als zweifelhafte Hilfskonstruktionen durchgehen.

Der (dominante und der) frauenpolitische Mangel an positiven Visionen, in der möglichen Lesart von *bewusstem Visionenverzicht*, wäre keiner verwunderten Nachdenklichkeit wert, bezöge sich der mainstream der aktuellen deutschsprachigen Frauenforschung und -politik weitgehend affirmativ/positiv auf naturwissenschaftliche Überlegungen im Sinne Goulds oder auf die anti-utopische postmoderne Theoriebildung im Sinne Foucaults. Doch dies ist beides nicht der Fall. Die spezifische Rationalität der Naturwissenschaften als wissenschaftliches Gegenprogramm zu den sogenannten weichen Sozialwissenschaften hat feministisch stets heftigste Kritik hervorgerufen; naturwissenschaftliche Entzauberungen sind nicht die Sache von Frauenbewegung, -forschung und -politik. Der postmoderne Abschied von der großen, moralisch und teleologisch aufgeladenen Erzählung hat die dominanten frauenpolitischen Positionen zwar insgesamt skeptischer, aber nicht grundsätzlich anti-modern werden lassen. Die Debatten im Anschluss an Judith Butlers (1991; 1993) Arbeiten haben vor allem subkulturelle

Politiken beflügelt, die traditionelle Gleichstellungspolitik jedoch nicht nachhaltig tangiert. In der frauenpolitischen wissenschaftlichen Gemeinschaft gilt die Postmoderne zwar als avancierte Theorieposition der neunziger Jahre, doch gerade Politikwissenschaftlerinnen bewahren in der Mehrzahl bis heute Distanz zu ihr (vgl. Bauhardt 1999 für die Kontroversen).

Der feministische Visionenmangel des frauenpolitischen mainstream speist sich also nicht in erster Linie aus einem bewussten Abschied von der Vision. Der Visionenverzicht muss vielmehr als *Visionenverlust*, hervorgegangen aus der Normalisierung des feministischen Projekts, charakterisiert werden. Nun ist visionäre Enthaltsamkeit heute eine gut begründbare Position, haben sich doch die klassischen utopischen Versatzstücke Fortschrittsgläubigkeit, Technologiegläubigkeit, Gleichheitswahn im Sinne der Uniformisierung, Weltstaatlichkeit etc. im Lauf des 20. Jahrhunderts vollständig als reaktionär erwiesen. Aktuelle feministische Realpolitik als Projekt visionärer Enthaltsamkeit könnte folglich auch aus einer dem 20. Jahrhundert angemessenen Haltung der Kritik utopischen Denkens entspringen. Problematisch ist jedoch, dass der Visionenmangel auf keiner selbstreflexiven Auseinandersetzung mit den eigenen starken utopischen Wurzeln basiert, sondern auf dem Abbruch des Utopischen und der Verleugnung visionärer Kreativität (vgl. Holland-Cunz 1998). Eine Position pro Visionenverzicht ist nur dann überzeugend, wenn sie ihre Visionenkritik als postmoderne oder Utopietraditions-kritische oder naturwissenschaftlich informierte Haltung argumentativ entfaltet, sonst erweist sie sich als schlichter/schlechter Verlust.

Ein weiteres Argument gegen visionäre Enthaltsamkeit möchte ich abschließend anführen. In der politischen Logik einer gesellschaftskritischen sozialen Bewegung bedeutet sowohl Visionenverlust als auch Visionenverzicht, sich von politischen Inspirationen abzuschneiden, die gerade auch für die mühsame und banale Alltagspolitik, für das unerfreuliche Geschäft der Realpolitik, absolut unverzichtbar sind. Ohne die Ermutigung und Orientierung durch längerfristige Ziele und Hoffnungen ist jede Politik dazu verdammt, im Weberschen Sinne

zu herrschaftlicher Verwaltung zu verkommen. Selbst ein staatsmännischer Konservativer wie Helmut Kohl erklärt folgerichtig Visionen zu angemessenen politischen Maximen: „Visionäre sind die wahren Realisten!“ (Frankfurter Rundschau 16.9.1999). Das Kohlsche Diktum erinnert stark an den berühmten Satz der Revolte: „Seid realistisch, fordert das Unmögliche!“ Es bleibt für mich ein nicht ganz erklärlicher Rest, warum ausgerechnet eine an Utopien so reiche soziale Bewegung wie die Neue Frauenbewegung, vor dreißig Jahren zum Umsturz aller Herrschaftsverhältnisse angetreten, heute so wenig Mut zum Utopischen aufbringt, während sich die Mächtigen raumgreifende Visionen (Beispiel Europa) als notwendigen politischen Leitfaden leisten.

Kurz vor dem mythischen Datumswechsel herrscht also ein eklatanter Bildermangel, der sich dem Publikum im Nordwesten der Welt in wortreicher oder wortkarger Form präsentiert. *Das Zuviel und das Zuwenig der Worte ist selbst Anlass zur Sorge.* Kurz vor dem hoch mythisierten Datum scheint die bisherige „Ladung“ der Zahl 2000 umgesprungen zu sein: von positiv auf negativ, stets mühsam oder verkaufsträchtig kaschiert mit einer wortreichen Leere. So wie der frauenpolitische Diskurs die Globalisierung besorgt betrachtet, bezieht der *mainstream* sein Horror-Szenario vor allem aus dem Absturz der elektronischen Zivilisation. Dass beide Szenarien immerhin die Perspektive der abgelegenen Morusschen Insel Utopia verlassen und sich der Welt als ganzer zuwenden, gehört zu den zentralen Determinanten visionären Lärmens vor dem Jahr 2000. Der rationale Kern des Millenniumsgetöses, des Schweigens der UtopistInnen und der Sorge frauenpolitischer AktivistInnen liegt hier: Die Utopie des 21. Jahrhunderts kann nur dann visionäre Kraft entfalten, wenn sie sich nicht auf die nationalstaatliche Politik-Ebene beschränkt. Das alte Utopia kann auch nur dann erneut visionär werden, wenn es selbstkritisch denkt, wenn es also gelingt, die eigene Genre-Geschichte, die vorgeschlagenen Modelle, repressiven Muster, teleologischen Gewissheiten, die Fehler und offenen Wünsche zu untersuchen und das noch Unabgegoltene vom heute Un-

brauchbaren zu trennen. Für dieses Anliegen haben feministische Utopistinnen wesentliche (Vor)Arbeit geleistet: Ihre Utopias sind außenpolitisch bedroht und innenpolitisch gespalten, ihre HeldInnen werden konfliktuell zu AußenseiterInnen, der Ausgang des utopischen Experiments ist höchst ungewiss. Damit sind diese Texte *das* strukturelle Gegenbild zur selbstgewissen klassischen Utopie (vgl. Holland-Cunz 1988; 1992).

Selbstkritische Reflexion heiße schließlich auch ganz wesentlich *Machtkritik*, heiße, sich der Verstrickungen Utopias in die Netze der Macht bewusst zu werden und Utopien nicht mehr als teleologische Großprojekte, sondern im Foucaultschen Sinne als „einzelne Widerstände“ zu entwerfen und zu deuten: „mögliche, notwendige, unwahrscheinliche, spontane, wilde, einsame, abgestimmte, kriecherische, gewalttätige, unversöhnliche, kompromißbereite, interessierte oder opferbereite Widerstände“ (Foucault 1991, 117).

Mit diesem Plädoyer für eine *selbst- und machtkritische globale* Utopie des 21. Jahrhunderts soll keineswegs alten Weltstaats-Träumen das Wort geredet werden; sie sind schon längst obsolet geworden. Doch so wie die Sorge, die Problematisierung von „Zukunft“, sich, mit Foucault gesprochen, auf konkrete globale Situationen, die durchaus real sind, richtet, so muss sich die kritische und visionäre Bearbeitung der Sorge auf diese politische Ebene richten. Die Neue Frauenbewegung könnte hier an ihren eigenen, alten, international geführten Diskurs über Utopien und gesellschaftliche Transformationen anknüpfen. Von kaum einem anderen politischen Ort dürfte in gleicher Weise erwartet werden, dass noch nicht alle Wünsche und Hoffnungen erledigt sind. UtopistInnen sind herausgefordert, die utopiereichste aller neuen sozialen Bewegungen mit Ansprüchen auf Auseinandersetzung zu konfrontieren. Die Kritik am Feminismus kann nur darauf zielen, die frauenpolitischen Zaghaflichkeiten als sogar realpolitisch inadäquat zu analysieren, die Normalisierung des feministischen Projekts als erfolglose Strategie zu erkennen, und zu verdeutlichen, dass die feministische Suche nach gesellschaftlicher Anerkennung *nicht* durch Angleichung bis

zur Unkenntlichkeit gelingen kann. In der Politik wie in der Wissenschaft bringt nur die Innovation wirkliche Anerkennung. Es muss in Zukunft feministisch-utopisch mindestens um Vorschläge wie Erna Appelts Hinweis auf eine globale StaatsbürgerInnenschaft gehen.

Das utopische Denken zählt nicht zur Naturwissenschaft, sondern bildet einen nicht unehrwürdigen Teilbereich der klassischen politischen Theorie. Utopien wollen nicht prognostizieren, sondern kritisieren, politisieren, inspirieren, zu politischen Veränderungen aufrütteln. Der Historiker Jörn Rüsen formuliert dies so: „Der Pragmatismus erfahrungsgestützten Handelns verlangt solche Überschwänglichkeit, so wie man nur wach und nüchtern sein kann, wenn man ungestört schlafen und träumen kann.“ (Rüsen 1999, 166) Naturwissenschaftliche Rationalität darf deshalb nicht zum Maßstab erhoben werden, um utopische und dystopische Spekulationen in ihrer gesellschaftlichen Relevanz und ihrem sozialen Gehalt zu richten. Die prinzipielle Nichtvorhersagbarkeit komplexer Systeme (Gould) ist nicht das Problem, sondern die einzige Chance der politischen Utopie, setzt sie doch immer wieder neu auf die Möglichkeit, den kontingenten Weg in die „Zukunft“ auf ein besseres Lebens hin zu orientieren. Wäre utopisches Denken nur konkrete Prognose, hätte sich die Utopie als Genre schon längst zugunsten der Dystopie aufgeben müssen.

Der allgemeine Visionenverlust ist ein klares Zeichen für die eklatante Schwierigkeit, heute noch glaubwürdige, nicht-repressive politische Visionen jenseits der Nationalstaatlichkeit für eine globalisierte Welt zu erfinden, ohne den alten Weltstaat zu evozieren. Die Schwierigkeit der Aufgabe darf aber nicht vom Versuch abhalten. Im Unterschied zu anderen politischen TheoretikerInnen täuschen sich UtopistInnen weniger leicht über die Fiktion, dass kosmopolitische Solidarität und globale Gerechtigkeit sowie einschneidende ökologische Politiken mit einer faden Realpolitik durchsetzbar sind. Visionäre Enthaltensamkeit war in der politischen Theorie noch nie eine Tugend; politiktheoretische Rationalität setzt auf Spekulation statt auf Prognose. Will man/frau nicht noch das kommende Jahrtausend verstreichen lassen, bis

gleiche Freiheit und Gerechtigkeit weltweit verwirklicht sind, braucht es neue Visionen gegen den modernisierenden Trend zum Visionenverzicht. Dazu müssen *unter* dem wortreichen Lärm des Millenniumsgetöses die bildliche Leere und das visionäre Schweigen erst einmal deutlich werden. Ich habe die anachronistische Hoffnung, dass das *Erkennen* der lärmenden Leere utopische Kreativität freisetzen könnte. Der Prozess der Neuerfindung des Utopischen als eines globalen, selbst- und machtkritischen Projekts kann heute aber nur noch ein kollektiver sein; die einsame Morussche Weise der utopischen Reflexion passt vielleicht für die Insel Utopia, aber nicht für die globalisierte Welt.

Der politikwissenschaftliche und politische *malestream* ist mit dieser Welt bereits seit David Helds (1991) Plädoyer für eine Zusammenführung von Politischer Theorie und Internationalen Beziehungen ausführlich befasst, doch sind die einschlägigen Antworten zu einer transnationalen oder gar globalen Demokratie bislang als utopisch eher dürftig zu bewerten. Ob kontinentale Parlamente (David Held), europäische Mehrebenen-Verhandlungsdemokratie (Fritz Scharpf), internationalisierte bürgerliche Gesellschaft (Benjamin Barber), elektronische Demokratisierung (Claus Leggewie), Reform der Vereinten Nationen (Commission on Global Governance), Governance-Strukturen für die neue Welt (James Rosenau): Alle aktuellen Überlegungen sind der realpolitischen Wirklichkeit selten mehr als zehn Jahre voraus. Politische UtopistInnen hätten deshalb die zweifellos komplizierte Aufgabe, nach kritischer Musterung der Vorschläge *weiter* reichende Bilder zu generieren, die die Sorgen angesichts der politischen und ökonomischen Globalisierung phantasievoll aufnehmen und die „Zukunft“ mindestens ins Jahr 2050 verlegen... auf den halben Weg zwischen Gegenwart und dem prognostizierten Versiegen des Golfstroms. Die kleinräumigen Utopien der siebziger Jahre müssten wenigstens in einen globalen Föderalismus, ihre heute unrealistische Vision der Subsistenzökonomie in ein Ideal des naturfreundlichen Wirtschaftens übersetzt werden.

Ohne radikale ökologische Visionen gegen den klimapolitischen Ablasshandel und den

noch immer ungebremsen Ressourcenverbrauch, ohne utopische Bilder direkt- und radikaldemokratischer Demokratisierung, ohne neu entwickelte Kapitalismuskritik und Friedensforschung und ohne die Radikalisierung der Geschlechterfrage (auch als bevölkerungs-, gesundheits- und bildungspolitische Frage) werden sich die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht lösen lassen. Es darf kein utopieloses Jahrhundert werden, auch wenn an seinem Anfang nur lärmende Leere steht. Ein allererster Schritt könnte die Re-Politisierung und Radikalisierung der Agenda 21 als einer international vereinbarten, politisch einklagbaren Vision für das neue Jahrhundert sein.

Wie der hoch mythisierte Datumswechsel wirklich vonstatten gehen wird, lässt sich, während ich dies Ende 1999 schreibe, nur spekulativ ausmalen. Wird der halbherzig befürchtete oder katastrophisch ausgemalte elektronische Zusammenbruch tatsächlich kommen? Und wenn ja, wie beträchtlich werden seine sozialen und politischen Auswirkungen sein? Wird die Jahreszahl 2000 am Morgen des ersten Januartages eine Intuition von „Zukunft“ erzeugen? Und wird dies schließlich in der Folge eine echte utopie-freudige Debatte auslösen? Wird die lärmende Leere der öffentlichen Diskussionen wie ein Spuk vom einen auf den anderen Tag beendet sein? Wird dann vielleicht alles so banal, bekannt und alltäglich erscheinen wie im gerade vergangenen Jahrtausend, einem Jahrtausend, von dem nicht wenige kalendergeschichtlich belegen, dass es am 1.1.2000 ohnehin noch gar nicht vergangen sein wird? Das Jahr 5760 des jüdischen Kalenders und das Jahr 1420 bzw. 1378 des islamischen Kalenders werden unterdessen in geordneter numerischer Folge weitergehen.

ANMERKUNGEN

- 1 Ich danke Lea Rosenberg für die anregenden Diskussionen, die wir während der Vorbereitung einer gemeinsamen Lehrveranstaltung für das Wintersemester 1999/2000 zum Thema: *2000 – Beobachtung einer öffentlichen Debatte über „Zukunft“* geführt haben.

- 2 Die hier angeführten Beispiele sind *nicht* erfunden. Alle genannten Produkte habe ich – entweder mit (einfallsreichen Varianten) der „2000“ oder mit einer auf das Millennium bezogenen Werbung versehen – direkt oder medial vermittelt gesehen.

LITERATURVERZEICHNIS

- Abels, Gabriele/Stefanie Sifft* (Hg.) (1999). Demokratie als Projekt. Feministische Kritik an der Universalisierung einer Herrschaftsform, Frankfurt/New York.
- Appelt, Erna* (1999). Geschlecht – Staatsbürgerschaft – Nation. Politische Konstruktionen des Geschlechterverhältnisses in Europa, Frankfurt/New York.
- Bauhardt, Christine/Angelika von Wahl* (Hg.) (1999). Gender and Politics. „Geschlecht“ in der feministischen Politikwissenschaft, Opladen.
- beiträge zur feministischen theorie und Praxis* (1998). global lokal postsozial, 21 (47/48).
- Bellamy, Edward* (1983; orig. 1888). Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887, hrsg. von Wolfgang Biesterfeld, Stuttgart.
- Bergmann, Christine* (1999). Rede der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Christine Bergmann, anlässlich der Fachtagung, in: *Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau des Landes Schleswig-Holstein* (Hg.): Fachblatt für Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein, Ausgabe Mai 1999, Kiel, 5–6.
- Brandau, Birgit/Hartmut Schickert* (1999). Der kleine Jahrtausendbegleiter, München/Zürich.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit* (Hg.) (1997; orig. 1992). Umweltpolitik. Agenda 21. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente, Bonn.
- Bundeszentrale für politische Bildung* (Hg.) (1999). Demokratische Geschlechterverhältnisse im 21. Jahrhundert. Neue Forderungen – Alte Herausforderungen, Bonn.
- Butler, Judith* (1991; orig. 1990). Das Unbehagen der Geschlechter, Frankfurt/Main.
- Butler, Judith* (1993). Bodies That Matter. On the Discursive Limits of „Sex“, New York/London.
- Callenbach, Ernest* (1982). Ökotopia. Notizen und Reportagen von William Weston aus dem Jahre 1999, Berlin.
- Clarke, Arthur C.* (1978; orig. 1968). 2001. Odyssee im Weltraum, 6. Aufl., München.
- femina politica* (1/1998). Staats- und Demokratietheorien, 7 (1).
- femina politica* (2/1998). Europäische Integration aus feministischer Perspektive, 7 (2).
- femina politica* (1999). 50 Jahre Bundesrepublik Deutschland – ein feministischer Rückblick, 8 (1).
- Fest, Joachim* (1991). Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters, Berlin.
- Foucault, Michel* (1991; orig. 1976). Der Wille zum Wissen. Sexualität und Wahrheit 1, 4. Aufl., Frankfurt/Main.
- Foucault, Michel* (1996). Diskurs und Wahrheit. Die Problematisierung der Parrhesia. 6 Vorlesungen, gehalten im Herbst 1983 an der Universität Berkeley/Kalifornien, hrsg. von Joseph Pearson, Berlin.
- Gould, Stephen Jay* (1999; orig. 1997). Der Jahrtausend-Zahlenzauber. Durch die Scheinwelt numerischer Ordnungen, 2. Aufl., Frankfurt/Main.
- Guha, Anton-Andreas* (1993). Der Planet schlägt zurück. Ein Tagebuch aus der Zukunft, Göttingen.
- Held, David* (1991). Editor's Introduction, in: David Held (Ed.): Political Theory Today, Cambridge, 1–21.
- Holland-Cunz, Barbara* (1988). Utopien der Neuen Frauenbewegung. Gesellschaftsentwürfe im Kontext feministischer Theorie und Praxis, Meitingen.
- Holland-Cunz, Barbara* (1992). Utopien der anderen Subjekte. Geschlechterverhältnis, Naturverhältnis und nichtteleologische Zeitlichkeit, in: Richard Saage (Hg.): Hat die politische Utopie eine Zukunft?, Darmstadt, 238–250.
- Holland-Cunz, Barbara* (1998). Feministische Demokratietheorie. Thesen zu einem Projekt, Opladen.
- Huxley, Aldous* (1974; orig. 1932). Brave New World, 23. Aufl., Harmondsworth.
- Joseph, Mark* (1999; orig. 1998). Y2K. Der letzte Tag, München.
- Klingebiel, Ruth/Shalini Randeria* (Hg.) (1998). Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen, Bonn.
- Kreisky, Eva/Birgit Sauer* (Hg.) (1998a). Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 28/1997, Opladen/Wiesbaden.
- Kreisky, Eva/Birgit Sauer* (1998b). Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, in: Eva Kreisky/Birgit Sauer (Hg.): Geschlechterverhältnisse im Kontext politischer Transformation, Politische Vierteljahresschrift Sonderheft 28/1997, Opladen/Wiesbaden, 9–49.
- Le Guin, Ursula K.* (1981; orig. 1974). Planet der Habenichtse, 4. Aufl., München.
- McCorduck, Pamela/Nancy Ramsey* (1998; orig. 1996). Die Zukunft der Frauen. Szenarien für das 21. Jahrhundert, Frankfurt/Main.
- Ministerium für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau des Landes Schleswig-Holstein* (Hg.) (1999). Fachblatt für Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte des Landes Schleswig-Holstein, Ausgabe Mai 1999, Kiel.
- Orwell, George* (1972; orig. 1949). Nineteen Eighty-Four, 22. Aufl., Harmondsworth.
- Piercy, Marge* (1986; orig. 1976). Die Frau am Abgrund der Zeit, München.
- Roland, Paul* (1997). Prophezeiungen zur Jahrtausendwende, Wien.
- Rüsen, Jörn* (1999). Viel Lärm um das Nichts der Zeit, in: ZDF-nachtstudio (Hg.): Tausend Jahre Abendland. Die großen Umbrüche. 1000, 1500, 2000, Frankfurt/Main, 155–167.

Ruppert, Uta (Hg.) (1998). Lokal bewegen – global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht, Frankfurt/New York.

Saage, Richard (Hg.) (1992). Hat die politische Utopie eine Zukunft?, Darmstadt.

Samjatin, Jewgenij (1975; orig. 1920). Wir, München.

Süssmuth, Rita (o.J.). Grußwort, in: *Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen* (Hg.): Europa – Union der BürgerInnen. Perspektiven, Bündnisse, Strategien für eine globale Zukunft, Berlin, 21.-23. Mai 1998, Dokumentation, Berlin.

Überparteiliche Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen (Hg.) (o.J.). Europa – Union der BürgerInnen. Perspektiven, Bündnisse, Strategien für eine globale Zukunft, Berlin, 21.-23. Mai 1998, Dokumentation, Berlin.

van den Esch, José (1964; orig. 1962). Januar im Jahr 2000, München.

von Wahl, Angelika (1999). Gleichstellungsregime. Berufliche Gleichstellung von Frauen in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen.

Vorstand der SPD, Öffentlichkeitsarbeit (Hg.) (1998). Aufbruch und Erneuerung – Deutschlands Weg ins 21. Jahrhundert. Koalitionsvereinbarung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bonn.

Wichterich, Christa (1998). Die globalisierte Frau. Berichte aus der Zukunft der Ungleichheit, Reinbek bei Hamburg.

AUTORIN

Prof. Dr. Barbara HOLLAND-CUNZ, geb. 1957, Professorin für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Frauenforschung an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Arbeitsschwerpunkte: politische Theorie; politikwissenschaftliche Frauenforschung. Auswahl aktueller Publikationen: Feministische Demokratietheorie, Opladen 1998; Die Vergeschlechtlichung des Politischen, in: Michael Th. Greven/ Rainer Schmalz-Bruns (Hg.): Politische Theorie – heute, Baden-Baden 1999; Frauenpolitische Chancen globaler Politik, Opladen 2000 (Hg. mit Uta Ruppert).

Adresse: Prof. Dr. Barbara Holland-Cunz, Justus-Liebig-Universität Gießen, Institut für Politikwissenschaft, Karl-Glöckner-Str. 21 E, D-35394 Gießen.